Gemeinde Schöneiche bei Berlin

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung

Dorfaue 1
15566 Schöneiche bei Berlin

Gemeindeforum

(themenoffener Austausch zwischen der Einwohnerschaft und den Mitgliedern der Gemeindevertretung)

17.09.2025, 19.00 – 21:45 Uhr
Kulturgießerei, An der Reihe 5, 15566 Schöneiche bei Berlin

13 Teilnehmer, 13 Gemeindevertreter
Andreas Bachhoffer (Vorsitzender der Gemeindevertretung; CDU/FDP), Stefan Brandes (Bündnis90/Grüne), Thomas Friedrich (Schön), Karin Griesche (CDU/FDP), Dr. Katrin Neubert (Bündnis90/Grüne), Mathias Papendieck (SPD), Peter Pohle (CDU/FDP), Birgit Schröder (ZFS), Melanie Sellin (ZfS), Bernd Spieler (SPD), Fritz Viertel (Die Linke), Anke Winkmann (CDU/FDP), Dr. Philip Zeschmann (AfS)

Teilnehmer Gemeindeverwaltung Schöneiche bei Berlin: Bürgermeister Ingo Röll

Protokoll: Mandy Klapproth

Protokoll

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Bachhoffer, eröffnet das 5. Gemeindeforum der Gemeinde Schöneiche und begrüßt alle Anwesenden herzlich.
In seiner Einleitung erläutert Herr Bachhoffer das Format des Gemeindeforums. Es handele sich um einen themenoffenen Austausch zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern Schöneiches und der Gemeindevertretung. Eine feste Tagesordnung sei nicht vorgesehen. Stattdessen können Fragen, Hinweise und Anregungen direkt an die gewählten Vertreterinnen und Vertreter gestellt werden.
Nach einer kurzen Vorstellung seiner eigenen Person begrüßt Herr Bachhoffer den Bürgermeister der Gemeinde, Herrn Röll, der als Gast im Publikum anwesend ist.
Im Anschluss übergibt er das Wort an die Mitglieder der Gemeindevertretung, die sich namentlich vorstellen.
Herr Bachhoffer betont im Namen der gesamten Gemeindevertretung die Freude über das Interesse der Bürgerschaft am Dialog und lädt alle Anwesenden dazu ein, ihre Anliegen und Fragen offen zu äußern. Diese sollen bitte über das bereitgestellte Mikrofon vorgetragen werden, damit sie für alle verständlich sind.
Zum Abschluss seiner Einführung weist Herr Bachhoffer darauf hin, dass die Veranstaltung zu Dokumentationszwecken aufgezeichnet wird. Aus dieser Aufzeichnung wird ein Protokoll erstellt, das anschließend öffentlich zugänglich gemacht wird.

<u>Frage 1, Herr Domsch:</u>
Herr Domsch erkundigt sich nach dem Hintergrund und der Bedeutung des Schriftzuges „Schöneiche zeigt Haltung", der an der Kulturgießerei angebracht ist. Er führt aus, dass Schöneiche inzwischen rund 13.000 Einwohner habe mit sehr unterschiedlichen Meinungen, Fähigkeiten und Lebensanschauungen. Er selbst könne mit dem Spruch wenig anfangen, da jeder Mensch eine individuelle Haltung habe.
Er möchte sich nicht in eine bestimmte Richtung „zwängen" lassen und bittet um eine kurze Einschätzung, wie dieser Ausdruck gemeint sei und welche Haltung Schöneiche damit zeigen wolle. Abschließend verweist er darauf, dass der Bürgermeister, Herr Röll, bei Bedarf ergänzend Stellung nehmen könne.

Herr Viertel:
Herr Viertel bedankt sich für die Frage und erklärt, dass die Anbringung des Schriftzuges an der Kulturgießerei nicht von der Gemeinde, sondern von der Kulturgießerei selbst verantwortet wird.
Zur inhaltlichen Bedeutung des Begriffs „Haltung zeigen" betont er zwei wesentliche Aspekte:
Vielfalt und Toleranz:
Die Gesellschaft, auch in Schöneiche, sei vielfältig in Meinungen, sozialen und kulturellen Hintergründen. Haltung zeigen bedeute daher auch, unterschiedliche Positionen auszuhalten, selbst wenn diese mitunter anstrengend seien. Dies sei ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Zusammenlebens. Grenzen der Toleranz: Haltung zeige sich auch darin, klare Grenzen zu ziehen, wenn Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung oder Ausgrenzung auftreten. Demokratische Grundwerte müssten verteidigt werden. Die Fraktion Die Linke setze sich in der Gemeindevertretung und darüber hinaus für diesen demokratischen Grundkonsens ein.

Herr Dr. Zeschmann:
Herr Dr. Zeschmann betont die Bedeutung des Haltung-Zeigens gerade in der heutigen Zeit, da in den letzten Jahren Grundwerte wie Meinungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit zunehmend infrage gestellt worden seien.
Er verweist auf sein langjähriges Engagement für Demokratie und Bürgerbeteiligung – u. a. bei der Einführung des Bürgerhaushalts und als Mitbegründer des Bündnisses „Demokratie und Toleranz Schöneiche" im Jahr 2005. Er sieht Haltung zeigen als Ausdruck der Verteidigung demokratischer Grundrechte und des Grundgesetzes. Zugleich kritisiert er, dass Vertreter der Partei Die Linke auf Bundesebene mit menschenverachtenden Äußerungen Grenzen überschritten hätten.

Herr Bachhoffer bittet anschließend, bei der Diskussion den Fokus auf Schöneiche zu richten.

Herr Brandes:
Herr Brandes ergänzt, dass der Spruch von der Kulturgießerei im Sinne eines klaren Bekenntnisses zu Demokratie und gegen Hass zu verstehen sei. Er betont, dass dies auch einschließe, keine Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppierungen einzugehen.

Frau Sellin:
Frau Sellin führt aus, dass der Schriftzug „Schöneiche zeigt Haltung" im Zusammenhang mit dem bereits länger bestehenden Bündnis für Demokratie und Toleranz stehe. Seit dem letzten Jahr bestehe zudem eine Kooperation mit Woltersdorf zur Förderung demokratischer Bildung und Zusammenarbeit. Sie äußert Verständnis für die Unsicherheit mancher Bürgerinnen und Bürger, betont aber, dass Haltung viele Facetten habe. Wichtig sei, dass alle Haltungen

respektiert werden, solange sie nicht gegen Grundrechte verstoßen. Die Gemeinde achte darauf, dass Förderungen und Kooperationen im demokratischen Sinne offen und ausgewogen bleiben.

Herr Domsch (ergänzend):
Herr Domsch merkt an, dass das Banner bereits vor zwei bis drei Jahren an einem anderen Ort gehangen habe.

Herr Papendieck:
Herr Papendieck erklärt, dass der Spruch im Kern als Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit zu verstehen sei. Er betont, dass die Gemeindevertretung auf Basis des Grundgesetzes handle, in dem die Gleichheit aller Menschen und die Unantastbarkeit der Menschenwürde festgeschrieben sind. Haltung zeigen bedeute, zu diesen Werten zu stehen und sie im gesellschaftlichen Leben zu verteidigen.

Herr Pohle:
Herr Pohle führt aus, dass der Spruch „Schöneiche zeigt Haltung" unterschiedliche Reaktionen hervorrufen könne, aber gerade dies eine Diskussion anrege. Er sieht darin eine positive Wirkung, da es dazu beitrage, über demokratische Werte und den respektvollen Umgang miteinander nachzudenken. Auch in der Gemeindevertretung zeigten alle Mitglieder Haltung, indem sie unterschiedliche Meinungen vertreten und Mehrheitsentscheidungen respektierten.

Herr Bachhoffer:
Herr Bachhoffer bedankt sich für die Wortmeldungen und stellt fest, dass die Frage umfassend beantwortet wurde.
Weitere Fragen zum Thema werden nicht gestellt.

2. Frage, Frau Hirschel:
Frau Hirschel erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Beleuchtung des Geh- und Radweges zwischen Friedrichshagen und Schöneiche. Sie verweist darauf, dass sie dieses Thema bereits bei der Bürgermeistervorstellung nach der Wahl angesprochen habe. Da der Weg nach wie vor unbeleuchtet sei, möchte sie wissen, ob es neue Entwicklungen oder Planungen gebe.

Herr Viertel:
Herr Viertel erläutert, dass sich der betreffende Geh- und Radweg entlang der Straßenbahnstrecke befindet und außerhalb der Zuständigkeit der Gemeinde Schöneiche liegt.
Die Gemeindegrenze verläuft am Waldrand; der Weg gehört bereits zum Land Berlin bzw. zum Bezirk Treptow-Köpenick. Nach seinen Informationen habe die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick kürzlich mehrheitlich beschlossen, dort eine Bedarfsbeleuchtung – ähnlich wie auf dem Radweg Richtung Neuenhagen – zu installieren. Zuständig sei jedoch die Berliner Senatsverwaltung für Verkehr, und erfahrungsgemäß dauerten die Entscheidungsprozesse dort länger als in Brandenburg. Die Gemeinde Schöneiche könne die Umsetzung daher nicht beeinflussen, hoffe aber auf eine baldige Realisierung.

Frau Winkmann:
Frau Winkmann bestätigt, dass die unzureichende Beleuchtung und der schlechte Zustand des Weges seit Langem ein Anliegen ihrer Fraktion seien. Sie schildert die Situation als „katastrophal", insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Berufspendler. Es sei beschämend, dass Bürgerinnen und Bürger aus Friedrichshagen auf einem unbeleuchteten und teils matschigen Weg nach Schöneiche gelangen müssten, während gleichzeitig der Umstieg vom

Auto auf das Fahrrad gefördert werde. Sie verweist auf eigene Fotos, die sie dem Bürgermeister zur Verfügung gestellt habe und die auch die mangelhafte Situation bei Ersatzverkehren der S-Bahn dokumentieren. Ihre Fraktion habe nach der Kommunalwahl erneut einen Antrag gestellt, den Bürgermeister zu beauftragen, sich für eine Sanierung des Weges einzusetzen. Dieser Antrag habe jedoch keine Mehrheit gefunden. Positiv sei, dass in Treptow-Köpenick ein Beschluss zur Beleuchtung gefasst wurde, auch wenn dieser sich nur auf die Lichtinstallation und nicht auf die Sanierung des Weges beziehe.

Herr Viertel:
Herr Viertel stellt klar, dass es sich bei der Diskussion um zwei unterschiedliche Wege handelt:
Zum einen den Weg von Schöneiche nach Friedrichshagen, zum anderen die Verbindung von Schöneiche zum S-Bahnhof Rahnsdorf. Die Gemeinde habe zwar mehrfach Beschlüsse zur Verbesserung dieser Verbindungen gefasst, die Umsetzung liege jedoch beim Land Berlin. Eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde Schöneiche sei denkbar, habe bislang aber keine Mehrheit gefunden, da die Haushaltsmittel begrenzt seien.

Herr Pohle:
Herr Pohle betont, dass die Beleuchtung des Rad- und Fußweges grundsätzlich sinnvoll sei, jedoch aufgrund der angespannten Haushaltslage derzeit keine Priorität habe. Die Gemeinde müsse sorgfältig abwägen, wofür Mittel eingesetzt werden. Viele andere Projekte hätten aktuell Vorrang. Er äußert die Hoffnung, dass das Land Berlin über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um die Maßnahme umzusetzen.

Herr Dr. Zeschmann:
Herr Dr. Zeschmann erinnert an frühere Entwicklungen: Bereits 2004/2005 habe es eine ähnliche Situation beim Radweg zum S-Bahnhof Rahnsdorf gegeben. Damals sei nach Intervention bei der Berliner Stadtentwicklungssenatorin eine Lösung gefunden worden – ohne finanzielle Beteiligung Schöneiches. Er regt an, erneut den Kontakt zur Senatsverwaltung aufzunehmen und die Thematik dort gezielt vorzubringen. Für den Weg nach Friedrichshagen sieht er größere Schwierigkeiten, da dieser parallel zur Straßenbahn verläuft und die Nutzung der Bahn grundsätzlich möglich sei. Wer den Weg nachts mit dem Fahrrad nutze, verfüge in der Regel über eigene Beleuchtung; zu Fuß sei die Strecke ohnehin sehr lang.

Frau Hirschel ergänzend:
Frau Hirschel weist darauf hin, dass die letzte Straßenbahn aus Friedrichshagen um ca. 0:23 Uhr fahre. Verpasse man diese, bleibe nur der unbeleuchtete Weg durch den Wald, was insbesondere nachts gefährlich sei. Sie erwähnt, dass es in Müggelheim bereits einen sogenannten Wunschbus gebe, der Fahrgäste nachts sicher nach Hause bringe, und fragt, ob ein ähnliches Modell auch für Schöneiche denkbar sei. Sie selbst fahre häufig Bahn und Fahrrad, empfinde den Weg nachts jedoch als unheimlich und gefährlich – auch wegen Wildschweinen.

Herr Dr. Zeschmann:
Er bestätigt die Problematik insbesondere an Wochenenden und in den späten Abendstunden.
Ein erweitertes Straßenbahnangebot wäre wünschenswert, sei aber kostenintensiv. Bereits jetzt beteilige sich die Gemeinde Schöneiche gemeinsam mit Rüdersdorf an der Finanzierung der Straßenbahn mit über 425 Millionen Euro. Er befürwortet ausdrücklich die Einführung von On-Demand-Verkehren (Rufbus- oder DalliBus-Systemen), die insbesondere in ländlichen Gebieten erfolgreich seien.

Herr Pohle:
Herr Pohle weist darauf hin, dass derzeit im Landkreis ein neues Verkehrskonzept erarbeitet wird. Bürgerinnen und Bürger seien eingeladen, sich online auf der Kreis-Website aktiv zu beteiligen und Vorschläge wie einen Rufbus für Schöneiche einzubringen. Er betont, dass die Verbesserung des ÖPNV wichtig sei, aber schrittweise und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden müsse.

3. Frage, Frau Manthei:
Warum hat die Gemeinde ein Flurstück in Flur 6 erworben, das „mitten im Feld" liegt? Was ist der Zweck? Weshalb wurde „Nummer 4" (Nachbargrundstück im Ortszentrum) gekauft – wofür soll es genutzt werden?

Herr Pohle:
Herr Pohle erläutert, dass das Flurstück Nr. 6 im Rahmen einer Versteigerung erworben wurde und vergleichsweise wenig gekostet hat. Der Erwerb diene dem Zweck, Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen der Gemeinde bereitzustellen. Bei Bauprojekten sei die Gemeinde verpflichtet, Kompensationsmaßnahmen wie Baumpflanzungen durchzuführen. Diese erfolgen zwar teilweise im Ort, jedoch werden auch Randflächen außerhalb des Zentrums benötigt, um den naturschutzrechtlichen Anforderungen zu genügen. Er betont, dass nicht alle Gemeindevertreter mit dem Ankauf einverstanden gewesen seien, aber mehrheitlich wurde dem Erwerb zugestimmt.
Zum Flurstück Nr. 4 ergänzt Herr Pohle, dass dieses Grundstück zwar deutlich teurer war, es sich jedoch um eine strategische Entscheidung handelte. Das Flurstück ist eingebettet in gemeindeeigene Grundstücke und liegt in direkter Nähe zur Kulturgießerei und einem Kindergarten. Langfristig sei geplant, diese Einrichtungen ggf. zu erweitern. Daher sei es sinnvoll, in zentraler Lage zusammenhängende Flächen im Besitz der Gemeinde zu haben. Perspektivisch könne es wesentlich kostspieliger werden, vergleichbare Flächen in Zukunft zu erwerben. Der Ankauf wurde daher als vorausschauende Maßnahme zur Flächensicherung im Ortszentrum betrachtet.

4. Frage, Herr Linke:
Herr Linke kritisiert, dass der durch den ehemaligen Bürgermeister Steinbrück vorgelegte und durch die Gemeindevertretung beschlossene Haushalt 2024 die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde deutlich überstieg. Daraus resultierten die Haushaltssperre 2024 sowie die Erhöhung des Kassenkredits auf 5 Mio. Euro. Er fragt die anwesenden Fraktionen, ob sie die Einschätzung zur schwierigen Finanzlage teilen und welche Investitionen im Nachtragshaushalt 2025 gestrichen oder verschoben werden sollten.

Herr Dr. Zeschmann:
Er bekräftigt die Kritik an der vergangenen Ausgabenpolitik und plädiert für eine klare Priorisierung. Zunächst seien Investitionen zu schieben und Ausgaben zu reduzieren; zugleich sollten moderate Einnahmeverbesserungen geprüft werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zu erreichen. Projekte der Mobilität (z. B. Konzepte zu Radwegen) seien auf Dringlichkeit und Finanzierbarkeit zu prüfen, während pflichtnahe Aufgaben – insbesondere Bildung und Kinderbetreuung – vorrangig seien. Die perspektivische Finanzierung einer dritten Grundschule könne 20–25 Mio. Euro erfordern; parallel seien Entwicklungsflächen (u. a. alte Gärtnerei, LPG-Flächen) konzeptionell voranzubringen. Verkaufsprüfungen einzelner Liegenschaften – etwa an der Waldstraße – könnten erwogen werden. Steuererhöhungen, beispielsweise bei der Grundsteuer, lehnt er ab, solange es Alternativen gibt.

Herr Bachhoffer:
Stellt klar, dass Haushaltsentscheidungen grundsätzlich durch mehrheitlichen Beschluss der Gemeindevertretung erfolgen und nicht allein durch den Bürgermeister.

Herr Dr. Zeschmann (fortführend):
Er betont erneut die Notwendigkeit, bis spätestens 2026 tragfähige Prioritäten zu setzen. Vorschläge seiner Fraktion würden in die Beratungen eingebracht; Umschichtungen zugunsten pflichtiger Aufgaben seien aus seiner Sicht unerlässlich.

Frau Winkmann:
Sie beschreibt die Lage als äußerst angespannt; zahlreiche Kommunen im Landkreis müssten in Haushaltssicherung gehen. Auch für Schöneiche bedeute dies schmerzhafte Abwägungen, bis hin zu Verzicht auf kleinere Projekte. Ziel ihrer Fraktion sei, sinnvolle Investitionen – insbesondere in Straßen – zu sichern und die Vereinsförderung möglichst nicht zu kürzen. Notfalls seien Grundstücksverkäufe in Betracht zu ziehen. Sie verweist auf langjährige Arbeit im Finanzausschuss und kündigt fraktionsinterne Priorisierung an.

Herr Papendieck:
Er widerspricht Pauschalurteilen über „übermäßige" Investitionen und verweist auf realisierte Vorhaben der vergangenen Jahre. Der Blick solle nach vorn gerichtet werden: Aus dem Bundes-Sondervermögen könnten für Schöneiche in den nächsten Jahren Mittel in einer Größenordnung von etwa 4,9 Mio. Euro zufließen. Die alte Gärtnerei habe bei Anschaffung rund 1 Mio. Euro gekostet und könne einen Verkaufswert von 7–8 Mio. Euro erzielen; hier solle die Entwicklung zügig vorangetrieben werden. Bei möglichen Streichungen regt er an, das Programm zu Sandstraßen kritisch auf Verschiebungen zu prüfen.

Herr Linke ergänzend:
Er listet die großen Investitionen der letzten Jahre auf: Über 6 Mio. für Kita Stegeweg, 2,5 Mio. für Haus des Sports, 2 Mio. für die Sanierung eines Gebäudes in der Rosa-Luxemburg-Straße sowie weitere Millionen für Straßen. Die Summe sei deutlich über dem haushaltsüblichen Investitionsvolumen.

Herr Viertel:
Er warnt vor einer „jährlich wiederkehrenden Abgrundrhetorik". Haushaltsbeschlüsse würden mit breiten Mehrheiten gefasst; der Bürgermeister entscheide nicht allein. Rückblickend habe Schöneiche regelmäßig bessere Jahresergebnisse erzielt als geplant. Für 2023 sei statt eines geplanten Plus von etwas über 0,5 Mio. Euro tatsächlich ein Überschuss von rund 2–2,5 Mio. Euro erreicht worden; dies spreche für eine grundsätzlich solide Haushaltsführung. Die Haushaltssperre im Vorjahr sei im Kern ein Liquiditäts- und kein Strukturproblem gewesen: Verzögerte Haushaltsbeschlüsse von Bund und Land hätten Mittelzuweisungen verschoben, weshalb der Kassenkredit erhöht werden musste. Solange für den Nachtrag 2025 keine belastbaren Zahlen vorliegen, werde er sich nicht an Spekulationen beteiligen. Inhaltlich setze seine Fraktion einen Schwerpunkt auf bezahlbares Wohnen. Zur dritten Grundschule verweist er auf Prognosen des Landes mit sinkenden Schülerzahlen ab dem laufenden/kommenden Schuljahr; statt eines Neubaus solle vorrangig die Verbesserung an bestehenden Standorten geprüft werden. Die strikte Gegenüberstellung von „Pflicht-" und „freiwilligen" Aufgaben hält er in dieser Absolutheit für einen kommunalpolitischen Mythos; die Kommunalverfassung weise der Gemeinde einen breiten Aufgabenkatalog zu, zu dem auch Kultur und bezahlbares Wohnen zählen.

Herr Brandes:
Er zeigt sich irritiert über widersprüchliche Forderungen, einerseits Radverkehr überall für gut zu halten, andererseits aber Sandstraßen nicht auszubauen. Zur alten Gärtnerei erinnert er an den damaligen Konsens, Teile durch Private entwickeln zu lassen, um die Gemeindefinanzen zu entlasten. Zu Kitas und einer möglichen dritten Grundschule fordert er, zunächst belastbare Zahlen abzuwarten.

Frau Sellin:
Sie unterstreicht, dass die Gemeinde ihre pflichtigen Aufgaben zuverlässig erfüllen müsse und dabei eine vorsichtige Haushaltsführung geboten sei. Sie lädt Herrn Linke ausdrücklich ein, sich konstruktiv in die anstehenden Haushaltssitzungen einzubringen.

Herr Friedrich:
Er hebt die Bedeutung der pflichtigen Aufgaben hervor: Hort, Schule, Kita, Feuerwehr, Bauhof (Straßenunterhalt), Friedhof und Verwaltung. In nichtpflichtigen Bereichen – etwa Sport, Kultur, auch Gewerbegebietsentwicklung – seien angesichts gestiegener Personalkosten besonders sorgfältige Abwägungen erforderlich. Sponsoring und Förderungen könnten stärker genutzt werden. Wohnungsbau sei nicht in jedem Fall pflichtig, gleichwohl politisch gewünscht; Entscheidungen seien jedoch, von den tatsächlichen Haushaltszahlen abhängig zu machen.

Herr Pohle:
Er betont die unterschiedlichen politischen Auffassungen, bekräftigt aber den Bedarf an sozialem Wohnungsbau sowie an der Befestigung von Sandstraßen auch aus Gründen der Verkehrssicherheit in einer alternden Gemeinde. Als Mitglied des Finanzausschusses verweist er auf die aktuelle Anspannung im Finanzhaushalt, Preissteigerungen und den erhöhten Kassenkredit von 5 Mio. Euro, der in den kommenden Jahren wieder abgebaut werden müsse. Fördermittel seien aktiv zu nutzen; zugleich brauche es eine klare Prioritätenliste. Er lädt die Bürgerschaft zur Beteiligung an den Beratungen ein.

Herr Dr. Zeschmann:
Er stellt klar, dass die Sicherung von Grundschulen kommunale Aufgabe ist; seine Fraktion habe in den vergangenen Haushaltsberatungen wiederholt Umschichtungen zugunsten der Schule beantragt und Haushalte auch abgelehnt, wenn diese die Grundschulen nicht ausreichend priorisierten.

Herr Viertel:
Er bekräftigt seine Kritik an der scharfen Trennung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben als rechtlich nicht tragfähig in dieser Pauschalität und verweist auf die Kommunalverfassung. Zur dritten Grundschule wiederholt er die Hinweise auf sinkende Schülerzahlen und empfiehlt, bestehende Standorte bedarfsgerecht zu verbessern, statt einen Neubau ohne gesicherten Bedarf voranzutreiben.

Einwurf eines Bürgers:
Appelliert, auch andere Themenbereiche in Schöneiche nicht aus dem Blick zu verlieren.

Herr Bachhoffer:
Lädt zur aktiven Teilnahme an den Haushaltsausschusssitzungen ein. Kritik sei erlaubt, aber diese sollte auf Fakten basieren.

Herr Linke:
Erklärt, dass er nie behauptet habe, der Bürgermeister sei allein verantwortlich. Zudem betont er den Unterschied zwischen Finanz- und Ergebnishaushalt.

Frau Sellin:
Weist in diesem Zusammenhang der Haushaltsdebatte darauf hin, dass eine Erhöhung der Kreisumlage noch nicht beschlossen sei. Mehrere Kreistagsabgeordnete aus dem Ort sprächen sich dagegen aus; Gespräche mit den Gemeinden liefen.

Herr Papendieck:
Er erinnert daran, dass die Gemeinde in der Daseinsvorsorge auch für Wohnungsfragen Verantwortung trage. Das Ordnungsamt werde wöchentlich bei drohender Obdachlosigkeit in die Pflicht genommen. Kommunale Wohnungen erzeugten zudem Mieteinnahmen. Für die Sportplatzerweiterung sei es wichtig, Planungen rechtzeitig zur Förderreife zu bringen, um bei neuen Programmen sofort antragsfähig zu sein.

Frau Winkmann:
Sie verweist auf das Grundstück des Beamtenwohnungsvereins, auf dem zahlreiche Wohnungen entstehen sollen, sowie auf das ehemalige LPG-Gelände, das stark mit Wohnungsbau belegt werden könnte. Schöneiche bleibe attraktiv, große Grundstücke würden vermehrt parzelliert; daraus ergebe sich Zuzugsdruck. Man müsse Kinderzahlen und Bedarfe eng beobachten, eine „Geisterschule" vermeiden, zugleich aber planerisch Vorsorge treffen.

5. Frage, Frau Manthei:
Frau Manthei äußert sich eindringlich zur Straßensituation in Schöneiche. Seit Jahren empfindet sie den Zustand der Straßen als problematisch. Sie betont: Die Erhaltung und Pflege der Straßen sei eine gemeinsame Aufgabe aller Bürger, nicht nur der Anwohner einzelner Straßen. Sie macht deshalb einen Vorschlag: Jeder Bürger mit regelmäßigen Einkünften solle monatlich 10 Euro für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur beitragen – unabhängig vom eigenen Wohnort. Die Zufahrt zum eigenen Grundstück solle jedoch weiterhin individuell finanziert werden. Die Straßen gehören, so Frau Manthei, „uns allen" als Gemeinschaft – daher sei gemeinsames Handeln erforderlich. Der Vorschlag soll nicht sofort diskutiert, sondern lediglich „mitgenommen" und in zukünftige Überlegungen einbezogen werden. Insgesamt plädiere Frau Manthei für ein Umdenken im Umgang mit öffentlichen Infrastrukturprojekten und mehr gemeinschaftliche Verantwortung innerhalb der Einwohnerschaft. Zum Abschluss ihres Beitrags weist Frau Manthei auf ein weiteres Thema hin, das ihr am Herzen liegt: der Schwimmunterricht für Kinder in Schöneiche. Sie schildert, dass ihr Sohn – inzwischen erwachsen – bereits damals nach Fürstenwalde ausweichen musste, um Schwimmen zu lernen. Sie spricht sich dafür aus, nach neuen Wegen für besseren, wohnortnahen Schwimmunterricht zu suchen – möglicherweise auch durch ein eigenes Schwimmbad. Sie stellt die Frage: Wie können wir den Schwimmunterricht verbessern?

Herr Dr. Zeschmann
Dr. Zeschmann erinnert an eine frühere interkommunale Initiative von ca. acht Gemeinden (u. a. Schöneiche, Neuenhagen etc.), die den gemeinsamen Bau einer Schwimmhalle zum Ziel hatte. Ziel war die Sicherung des Schulschwimmens in der Region. Die Schwimmhalle sollte in der Nähe des S-Bahnhofs Hoppegarten entstehen, da dort ein geeigneter Standort verfügbar war – näher als Fürstenwalde. Die Initiative sei mehrere Jahre aktiv gewesen, inklusive Gutachten zu Bau- und Betriebskosten. Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage in den beteiligten

Kommunen ist sie jedoch eingeschlafen. Eine Zusammenarbeit mit Berlin sei damals schwierig gewesen, z. B. mit Blick auf die Schwimmhalle Hellersdorf. Herr Dr. Zeschmann plädiert dafür, in Zukunft wieder über kommunale Grenzen hinauszudenken und eine erneute Kooperation anzustreben, auch wenn dies mit Herausforderungen verbunden sei.

Frau Sellin
Frau Sellin sieht in einem lokalen Schwimmbad ebenfalls eine wichtige Investition – sowohl für Kinder (Schwimmunterricht) als auch für Seniorensport und Bewegung. Sie berichtete von einer früheren Idee, auf einem Grundstück gegenüber der Grundschule eine Containerlösung für ein mobiles Schwimmbecken umzusetzen. Diese Variante wurde geprüft, aber letztlich aus wirtschaftlichen und planerischen Gründen nicht weiterverfolgt. Ein weiterer Ansatz sei, Investoren oder auch spezialisierte Poolbauer, wie die Firma Kühne, für das Projekt zu gewinnen. Auch wenn die finanziellen Mittel aktuell fehlen, ist es ihr persönlicher Wunsch, weiter an der Idee eines Schwimmbads festzuhalten und aktiv daran mitzuwirken.

Herr Pohle
Herr Pohle verwies auf bereits gescheiterte Projektversuche, z. B. durch das B1-Center, das einst selbst den Bau einer Schwimmhalle plante. Wirtschaftlich sei dies nicht tragbar gewesen. Er habe damals Gespräche mit möglichen Investoren geführt. Seiner Einschätzung nach sei ein solches Projekt nur im Verbund vieler Partner und als Gemeinschaftsaufgabe zu stemmen. Auch der Zuzug einer Hotelkette könne eine Chance bieten, Synergien zu schaffen – etwa durch die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur. Letztlich fehle es derzeit jedoch an den notwendigen finanziellen Mitteln im Umland.

6. Frage, Frau Manthei:
Frau Manthei spricht das Thema wiederkehrender Vermüllung an den Recyclingstellen in Schöneiche an. Es gebe regelmäßig sogenannte „Dreckecken" an den Containerplätzen. Sie fragt, wer für die Reinigungskosten aufkommt, ist es die Gemeinde oder der kommunale Entsorgungsbetrieb?

Herr Röll:
Zuständig für die Reinigung sei in erster Linie die Gemeinde. Die Rechnung für die Entsorgung werde zwar vom Kommunalwirtschaftsunternehmen (KWU) gestellt, letztlich tragen aber alle Einwohner die Kosten als Umlage über die Gemeindekasse.

Frau Manthei ergänzend:
Frau Manthei berichtet von einer stark vermüllten Sammelstelle an der Heinrich-Mann-Straße Ecke Friedrichshagener Straße. Sie zeigt sich verwundert, dass dieser Standort in einem deutlich schlechteren Zustand sei als andere weiter abgelegene Recyclingplätze im Gemeindegebiet.
Sie habe bereits Mitbürger direkt angesprochen, um auf die unsachgemäße Entsorgung hinzuweisen. Sie macht den Vorschlag, Wildkameras an bekannten Müll-Hotspots zu installieren in Anlehnung an die Vorgehensweise der Stadt Potsdam, die an Waldrändern entsprechende Schilder mit dem Hinweis „Vorsicht, Wildkamera" anbringt. In Potsdam verbesserte sich daraufhin deutlich die Situation. Sie regt an, diese kostengünstige Maßnahme (ca. 40 € pro Kamera und Standort) auch in Schöneiche zu prüfen. Der Aufwand sei vermutlich geringer als die fortlaufenden Entsorgungskosten, insbesondere, wenn Müll illegal neben den Containern abgeladen werde.

Frau Sellin
Frau Sellin bestätigt, dass eine ähnliche Idee – nämlich das Anbringen eines Schildes mit dem Hinweis auf Videoüberwachung – bereits früher im Gespräch gewesen sei. Sie selbst habe diesen Vorschlag damals in die Diskussion eingebracht. Ihr Ehemann habe kürzlich festgestellt, dass bei einem der Demos-Standorte ein entsprechendes Schild mit dem Hinweis auf Videoüberwachung angebracht worden sei. Sie stellte die Frage, wer dieses Schild montiert habe und ob es von offizieller Seite – z. B. durch den Bauhof – angebracht worden sei, oder auf private Initiative zurückgehe.

Herr Röll
Herr Röll informiert darüber, dass die Gemeinde selbst keine Schilder mit Videoüberwachung angebracht habe. Diese Maßnahme sei nicht durch die Verwaltung erfolgt.

Herr Papendick
Hält es für möglich, dass der Bauhof das Schild angebracht habe. Er selbst unterstützt den Vorschlag grundsätzlich.

Frau Winkmann
Sie äußert sich deutlich: Die Vermüllung an Sammelplätzen ärgere alle. Die Entsorgungskosten seien im Haushalt sichtbar und sind eine Belastung für die Allgemeinheit. Als ein gutes Besipiel nennt sie den Herbstlauf. Hier sind viele Bürger mit Schubkarren aktiv gewesen, um Müll einzusammeln. Die Vorschläge, wie sie u. a. von Frau Manthei gemacht wurden, finde sie gut. Es brauche mehr Zivilcourage, um andere auch direkt darauf anzusprechen, natürlich respektvoll. Ziel sei es, dass alle gemeinsam zu einem besseren Miteinander beitragen, auch durch gegenseitige Erziehung im positiven Sinne.

Frau Müller
Frau Müller wies ergänzend darauf hin, dass sich durch konsequente Maßnahmen auch Geld einsparen lasse. Sie spricht hier auch als Hundebesitzerin und berichtet, dass das Thema Hundekotbeutel zwar besser geworden sei, aber auf ihren Spaziergängen rund um Schöneiche trotzdem immer wieder größere Mengen Müll, Heckenschnitt, Gartenabfälle und sogar Autoteile illegal entsorgt vorzufinden seien. Sie appelliert an die Mitbürgerinnen und Mitbürger, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und achtsamer mit der Umwelt umzugehen.

Herr Friedrich
Herr Friedrich spricht das Thema Videoüberwachung unter Datenschutzaspekten an. Er merkt an, dass eine direkte Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen rechtlich bedenklich sei. Er verwies jedoch auf eine Unterscheidung zur sogenannten Wildkamera, die meist höher installiert werde und nicht zur unmittelbaren Überwachung von Personen diene. Diese könne – auch rechtlich – eine vertretbare Alternative darstellen, insbesondere wenn die Kamera nicht dauerhaft, sondern zur Abschreckung eingesetzt werde.

<u>7. Frage, Frau Manthei</u>
Frau Manthei macht erneut auf ein Problem aufmerksam, welches sie bereits im Jahr 2023 gegenüber der Verwaltung thematisiert hatte. Es geht um den Verbindungsweg vom ehemaligen Edeka-Parkplatz zur Haltestelle an der Brandenburgischen Straße. Der Weg mache auf alle Passanten den Eindruck, als sei er öffentlich, tatsächlich handle es sich jedoch um Privatgelände. Problematisch sei die Nutzung durch Fahrradfahrer, obwohl nur einseitig ein Gehwegschild angebracht ist. Es komme immer wieder zu konfliktreichen Situationen und

Beinahe-Unfällen, insbesondere, weil sich in dem Bereich viele ältere Menschen aufhalten oder wohnen. Es gebe auf dem Weg erhebliche Stolperstellen, die ein Unfallrisiko darstellen. Die Haftungsfrage sei problematisch: Sollte ein Unfall geschehen, müssen sich Betroffene an den Eigentümer wenden, der seinen Sitz außerhalb Deutschlands habe. Sie habe bereits mehrfach auf das Problem hingewiesen – bisher ohne Erfolg.
Sie betont ausdrücklich, dass es sich bei ihrem Anliegen nicht um ein persönliches, sondern um ein öffentliches Sicherheitsproblem handle, und äußerte Unverständnis darüber, dass der Weg bislang nicht als Gemeindeweg übernommen worden sei. Ihrer Ansicht nach, wäre das Geld dort besser investiert als in bestimmte Ausgleichsmaßnahmen. Sie bat abschließend um konkrete Stellungnahmen und Informationen dazu, wie die Gemeinde mit dieser Gefährdungslage künftig umgehen will.

Herr Röll
Herr Röll bestätigt, dass es sich bei dem betroffenen Verbindungsweg um Privatgelände handle. Die Gemeinde befinde sich aktuell in Gesprächen mit dem Eigentümer, um eine Lösung herbeizuführen. Auch das Parkplatzschild, das eigentlich der Orientierung dienen soll, sei mittlerweile stark verblasst und kaum noch erkennbar. Die Thematik wird im Protokoll dokumentiert.

8. Frage, Herr Hofmann:
Herr Hofmann, wohnhaft in der Waldstraße und seit 1977 in Schöneiche, brachte mehrere Anliegen vor. Zunächst berichtet er von einem Beinahe-Unfall mit einem Radfahrer auf dem unvollständig ausgebauten Radweg entlang der Waldstraße. Radfahrende würden dort entweder gezwungen, auf die Straße oder den Gehweg auszuweichen. Er selbst sei bei der Pflege seines Gehwegs beinahe mit einem Radfahrer kollidiert, der auf dem Gehweg auf sein Recht bestanden habe.
Ein dicker Ast sei beinahe auf sein Auto gestürzt – laut Gemeinde fehle das Geld zur Sofortmaßnahme. Es scheinen in der Gemeinde unklare Zuständigkeiten bei Gefahrenmeldungen (Astbruch etc.) zu bestehen.
Ein weiteres Problem stelle die unzureichende Pflege durch Anwohner entlang der Friedrichshagener Straße dar. Bäume und Hecken wüchsen teils über Zäune hinweg auf Gehwege. Die Nutzung dieser Wege sei dadurch für Fußgänger oft nur eingeschränkt möglich.
In einem weiteren Punkt kritisiert Herr Hoffmann die unzureichende Umsetzung der Straßenreinigung: Fahrzeuge würden nicht entfernt, wodurch die Kehrmaschinen die Fahrbahnen nicht ordentlich reinigen könnten. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum die Gemeinde nicht stärker kontrolliere und in solchen Fällen Bußgelder verhänge. Seiner Meinung nach werde „Geld auf der Straße liegen gelassen", weil die Verwaltung nicht konsequent handle.

Herr Röll:
Herr Röll betont, dass es eine Antwort wie „Es ist kein Geld da" künftig nicht mehr geben dürfe. Er bestätigte, dass die Verwaltung auf solche Hinweise zu reagieren habe. Wenn Bürgerinnen und Bürger Hinweise zu Astbruch oder anderen Gefahren geben, müsse das umgehend weiterverfolgt werden. Zum Thema Gehwegpflege und Straßenreinigung erklärt Herr Röll, dass das Ordnungsamt in solchen Fragen tätig sei, sich dabei aber oftmals unbeliebt mache. In den letzten Rathausnachrichten sei bereits auf diese Thematik hingewiesen worden. Die Verwaltung habe in dem Bereich viele „Baustellen", sei jedoch bemüht, Beschwerden zu bearbeiten und Verstöße zu ahnden.

Herr Bachhoffer
Herr Bachhoffer nimmt die Hinweise zur Kenntnis und verweist auf die Möglichkeit, konkrete Probleme direkt über das Online-Meldesystem „Maerker" zu melden oder sich an Herrn Majewski vom Bauhof zu wenden.

Herr Papendieck
Herr Papendieck ergänzt, dass allen Neubürgerinnen und Neubürgern bei Zuzug die gemeindliche Satzung ausgehändigt werde. Darin seien die Rechte und Pflichten bezüglich Sauberkeit, Gehwegpflege und Verkehrssicherheit klar geregelt.
Er verweist z.B. auf die Leipziger Straße, in der das Ordnungsamt sehr aktiv sei. Es sei jedoch ebenso Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, selbst Kontakt zur Verwaltung zu suchen. Wer den Eindruck habe, dass Beschwerden nicht verfolgt würden, solle sich gegebenenfalls auch direkt an den Bürgermeister wenden.

Frau Winkmann
Frau Winkmann fragt nach, wo genau die von Herrn Hoffmann angesprochenen Probleme aufträten. Sie appelliert an gegenseitige Rücksichtnahme, insbesondere auch gegenüber Radfahrern. Sie äußert die Bitte, konkrete Orte zu benennen, an denen Hundekotbeutelspender oder Mülleimer fehlten, damit diese gezielt aufgenommen und ggf. ergänzt werden könnten.

Herr Hofmann ergänzt sein Anliegen:
Herr Hoffmann schildert Probleme mit Rücksichtslosigkeit im Straßenraum, insbesondere in der Waldstraße: Am Zwischenweg zur Waldstraße würden häufig Gegenstände (z. B. Müll) über den Zaun geworfen. Es gebe wiederholt Ärger mit Hundebesitzern, u. a. mit einer Person, die ihren Hund auf fremden Grundstücken urinieren und Kot absetzen lasse. Seine Kritik zielt besonders auf das fehlende Verantwortungsbewusstsein und die zunehmende Rücksichtslosigkeit im Alltag. Zudem parke in der Waldstraße die Mehrheit der Fahrzeuge auf einer Straßenseite, was die Straße massiv verengt. Durch diese Situation entstehe eine erschwerte Durchfahrt für Rettungsdienste und größere Fahrzeuge. Besonders ärgerlich: Falschparker von Besuchern blockieren regelmäßig Zufahrten – Einsicht oder Rücksichtnahme sei selten.

Herr Bachhoffer:
Das sei kein Einzelfall, sondern ein grundsätzliches Problem, das in mehreren Straßen auftrete. Auch in der Ahornstraße sei dies bekannt. Auch hier würden Rettungswege durch Unachtsamkeit und Egoismus blockiert. Er spricht sich jedoch klar dafür aus, in solchen Fällen zunächst den direkten Dialog zu suchen, bevor man das Ordnungsamt einschalte. Auch er selbst spreche Menschen freundlich an, wenn sie falsch parken oder sich rücksichtslos verhalten.
Abschließend appelliert Herr Bachhoffer an gegenseitige Rücksichtnahme und Nachbarschaftssinn. Das allein könne viele Konflikte im Alltag bereits entschärfen.

9. Frage, Frau Manthei:
Frau Manthei äußert ihre große Sorge über die geplante Errichtung einer Windkraftanlage unmittelbar an der Grenze des Berliner Stadtgebiets, in direkter Nähe zum evangelischen Friedhof. Sie wohnt unweit vom geplanten Standort entfernt und kritisiert die Entscheidung der Berliner Behörden, dort eine Windkraftanlage zuzulassen. Sie kritisiert, dass für den Bau Waldflächen gerodet werden sollen. Selbst minderwertiger Wald könne nicht ersetzt werden, da Bäume mehrere Jahrzehnte zum Wachsen benötigen. Besonders dramatisch ist ihrer Meinung nach, dass der Windkraftstandort nur wenige Meter von der Landesgrenze zu Brandenburg entfernt liegt – genau in Sichtachse zu Wohngebieten in Schöneiche. Sie hat sich die Mühe

gemacht, Schlagschattenberechnungen einzuholen. Diese zeigen, dass der Schattenwurf bis zur Friedrichshagener Straße 14 reiche – insbesondere im Winter und bei tiefstehender Sonne. Frau Manthei forderte, dass die Gemeindevertretung sich klar hinter die betroffenen Bürgerinnen und Bürger stellen muss und betont, dass es sich um eine Entscheidung mit gravierenden Folgen für die Lebensqualität in Schöneiche handelt – auch wenn das Gebiet formal zu Berlin gehört. Sie dankt ausdrücklich für bisherige Unterstützung, merkt jedoch an, dass eine Antwort auf ihre schriftliche Stellungnahme noch ausstehe.

Herr Dr. Zeschmann
Herr Dr. Zeschmann bestätigt, dass es sich hierbei um ein ernstes Problem handle, das er bereits im Landtag von Brandenburg zur Sprache gebracht habe. Dort sei von mehreren Seiten betont worden, dass Windkraftanlagen grundsätzlich nicht im Wald errichtet werden sollten. Das Hauptproblem in diesem Fall ist jedoch die besonderen Rechtslage zwischen Berlin und Brandenburg. In Brandenburg gelten – wie bundesweit – grundsätzlich Abstandsregelungen von 1.000 Metern zur Wohnbebauung. Diese könnten in Einzelfällen unterschritten werden. Berlin habe in diesem Fall erklärt, den Flächennutzungsplan zu ändern, um die Anlage errichten zu können – ungeachtet der Nähe zu Brandenburger Wohngebieten. Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung von Schöneiche hätten bereits eine Stellungnahme gegen die Anlage abgegeben. Auch Bürgerinnen und Bürger seien aufgerufen, dies im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu tun.

Herr Pohle:
Gemeindevertretung und Verwaltung haben sich klar gegen den geplanten Standort ausgesprochen. Problematisch sind die Abstandsregelungen zur Wohnbebauung und die länderübergreifende Planung. Er ruft die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ebenfalls individuelle Stellungnahmen einzureichen, um eine breite Mehrheit gegen das Vorhaben sichtbar zu machen. Berlin ist bestrebt, seine Klimaziele umzusetzen, das dürfe aber nicht einseitig zulasten benachbarter Gemeinden geschehen.

Herr Röll:
Der Bürgermeister ergänzt, dass der Bezirk Treptow-Köpenick ebenfalls gegen das Vorhaben ist und entsprechende Stellungnahmen eingereicht habe, ebenso die Berliner Forsten.

Frau Sellin:
Es wurde bereits etwas unternommen, und wir werden weiter dafür kämpfen, dass dieses Projekt in dieser Form nicht umgesetzt wird. Der politische Druck solle aufrechterhalten und verstärkt werden.

Herr Brandes:
Herr Brandes weist darauf hin, dass Berlin als Stadtstaat formal eigene Wege gehen könne, jedoch die Möglichkeit bestehe, Stadtverträge mit den umliegenden Ländern, wie Brandenburg, zu schließen. Er empfehlt, auch auf Landesebene in Brandenburg weiteren Druck auszuüben.

Herr Papendieck:
Herr Papendieck berichtet, dass sich auch die Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, in der er Mitglied ist, deutlich gegen das Vorhaben positioniert hat. Brandenburg hat bereits seine Flächenziele für Windkraft weitgehend erreicht. Er weist darauf hin, dass man auch durch technische Aufrüstung bestehender Anlagen, z. B. durch einen Austausch gegen

leistungsstärkere Modelle wie in Ahrensdorf, deutlich höhere Kapazitäten erzielen könne – ohne neue Flächen zu versiegeln.

Herr Dr. Zeschmann:
Berlin hat sich bislang nicht offiziell an Brandenburg gewandt. In Brandenburg besteht in vielen Regionen massiver Widerstand, auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes und Naturschutzes. Zudem würden laut aktueller Gesetzeslage Windeignungsflächen neu ausgewiesen, teilweise auch in Landschaftsschutzgebieten oder in denkmalgeschützten Bereichen. Für Herrn Dr. Zeschmann ist das nicht mehr vertretbar – weder aus naturschutzfachlicher noch aus gesellschaftlicher Perspektive.

Frau Winkmann:
Frau Winkmann ergänzt, dass das Thema Windkraftplanung auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung stehe. Dort werde bereits intensiv über Petitionen und Einwände aus der Bevölkerung beraten. Auch in Berlin zeigen sich zunehmend kritische Stimmen, und sie hat die Hoffnung, dass es gelingt, den politischen Druck so zu erhöhen, dass das Projekt entschärft oder verhindert werden könne – insbesondere im Grenzbereich zu Brandenburg, wo viele Schöneicherinnen und Schöneicher betroffen wären.

10. Frage, Frau Manthei:
Frau Manthei spricht die Gemeindevertretung auf das Thema „Verlängerung der Flugzeiten in die Nacht- und Frühstunden" an. Sie wohnt in unmittelbarer Nähe einer der Anflugschneisen und sei persönlich stark betroffen: Flugzeuge überfliegen regelmäßig in geringer Höhe ihr Wohngebiet – trotz früherer Zusagen, dass Flugrouten umgelegt würden, um genau diese Beeinträchtigungen zu reduzieren. Trotz intensiven Austauschs mit dem Flughafen gebe es bis heute keine genehmigten Schallschutzmaßnahmen. Frau Manthei äußert ihr Unverständnis darüber, wie mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern umgegangen werde, und fragte, ob die Gemeinde hierzu eine offizielle Stellungnahme abgeben werde.

Herr Röll:
Herr Röll versichert, dass die Themen Fluglärm und Flugzeiten auch weiterhin aktiv und kritisch von der Gemeinde begleitet werden. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden Neuenhagen und Hoppegarten hat sich Schöneiche bereits mehrfach in die Diskussion eingebracht. Ziel sei es, die Flugroute (sogenannte Route 21) weiter in Richtung Wald zu verschieben, um die Wohngebiete zu entlasten. Ein entsprechender Antrag zur nächsten Sitzung der Fluglärmkommission sei eingereicht. Leider ist der Bezirk Treptow-Köpenick gegen diese Verlagerung, da der Bezirk dann stärker betroffen wäre. Dennoch halte man an dem Antrag fest und suche nach einem konstruktiven Kompromiss, um nicht die Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Auch eine Positionierung gegen die Ausweitung des Nachtflugverkehrs ist Teil des Antrags.

Herr Dr. Zeschmann
Herr Dr. Zeschmann berichtet, dass er sich seit vielen Jahren mit dem Thema Fluglärm rund um den BER befasst. Als Mitglied einer Bürgerinitiative und später im Landtag habe er sich intensiv dafür eingesetzt, dass die Nachtruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr auch am Flughafen BER gilt – so, wie es bundesweit üblich sei. In Brandenburg sei diese Forderung seinerzeit in Form einer Volksinitiative erfolgreich gewesen. In Berlin jedoch nicht, da dort die notwendige Zahl an Unterschriften nicht erreicht wurde. Berlin und der Bund – als Mitgesellschafter des Flughafens – hätten sich bislang nicht ausreichend kooperativ gezeigt. Dr. Zeschmann kritisiert, dass die

geltenden Regelungen bereits jetzt nur ein Minimal-Kompromiss seien. Eine weitere Aufweichung, etwa durch vermehrte Ausnahmegenehmigungen, dürfe nicht akzeptiert werden.

Herr Viertel
Herr Viertel erinnert daran, dass sich die Gemeindevertretung Schöneiche bereits mehrfach einstimmig gegen eine Ausweitung des Nachtflugverkehrs positioniert hat. Dies sei sowohl über Beschlüsse der Gemeindevertretung (GV) als auch durch die Beteiligung des Bürgermeisters in der Fluglärmkommission geschehen. Alle bisherigen Bürgermeister hätten sich in der Fluglärmkommission (FLK) aktiv für die Belange der Gemeinde eingesetzt. Das derzeitige Nachtflugverbot stelle nach Auffassung der Gemeindevertretung lediglich das absolute Mindestmaß dar, das aufgrund einer Initiative des Landes Brandenburg erreicht worden sei. Herr Viertel macht deutlich, dass die Gemeinde kein Interesse an einer weiteren Aufweichung dieses Verbots hat. Sollte es, etwa durch das Flughafenmanagement oder durch Ausnahmeregelungen zu Bestrebungen kommen, das bestehende Nachtflugverbot zu lockern, müsse sich die Gemeinde klar dagegen positionieren. Dies könne sowohl über den Bürgermeister in der Fluglärmkommission als auch durch eine erneute Beschlussfassung der Gemeindevertretung erfolgen. Die Gemeinde strebe vielmehr eine Ausweitung der Nachtruhezeiten auf 22:00 bis 06:00 Uhr an, wie sie bereits von mehreren Rednern unterstützt wurde. Eine Reduzierung oder Aufweichung dieses „minimalen Kompromisses" sei nicht akzeptabel. Zudem erklärt Herr Viertel, dass das bestehende Nachtflugverbot Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses für den Flughafen sei. Eine Änderung dieser Regelung würde den rechtlichen Bestand des Beschlusses infrage stellen und könne aus seiner Sicht juristisch angreifbar werden.

Herr Hofmann ergänzt aus dem Publikum:
Herr Hofmann erinnert sich an Proteste gegen die Route über den Müggelsee. Diese seien in der Öffentlichkeit verfälscht dargestellt worden – trotz deutlichen Widerstands aus der Bevölkerung, der sich damals über mehrere Reihen entlang der Proteststrecken formierte.

11. Frage, Herr Linke:
Herr Linke hinterfragt kritisch die geplanten Mietentwicklungen im Rahmen des Bauvorhabens Sozialwohnungen an der Warschauer Straße. Er verweist auf Aussagen vom ehemaligen Bürgermeister Steinbrück, wonach die Mieten alle drei Jahre um 15 % steigen sollen – dies sei sowohl per E-Mail als auch im zuständigen Ausschuss so dargestellt worden. Dies sei nach seiner Auffassung nicht realistisch und wiederspricht den Zielen des sozialen Wohnungsbaus.

Herr Papendieck
Die genannte Mietsteigerung sei so nicht umsetzbar. Das Projekt unterliegt einer Förderkulisse, die unter anderem eine 30-jährige Sozialbindung beinhaltet. Innerhalb dieser Bindung sind nur Mietanpassungen im Rahmen des ortsüblichen Mietpreisindex der Gemeinde zulässig. Eine pauschale Erhöhung um 15 % alle drei Jahre würde gegen die Förderbedingungen verstoßen und hätte zur Folge, dass die Gemeinde die Fördermittel (z. B. zinsgünstige Kredite) verlieren würde.

Herr Dr. Zeschmann:
Die Förderung schließt eine solche Mietentwicklung aus. Eventuelle Berechnungen oder Annahmen in dieser Richtung seien nicht belastbar. Es sei möglich, dass Herr Steinbrück entsprechende Szenarien aufgezeigt habe – diese würden jedoch nicht den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen.

Herr Linke ergänzt:
Herr Linke stellt klar, dass die Information zur Mietentwicklung saus einer E-Mail von Bürgermeister Steinbrück stammt. Er betont, dass es keine persönliche Diskussion mit Herrn Steinbrück dazu gegeben habe.

Frau Sellin
Frau Sellin spricht in dieser Diskussion die Überprüfung der Einkommensverhältnisse von Mietern an. Es solle kontrolliert werden, ob Mieter mit gestiegenem Einkommen weiterhin Anspruch auf Sozialwohnungen haben. Gleichzeitig betont sie, dass sozial schwache Menschen weiterhin unterstützt werden müssen. Es gebe unterschiedliche politische Auffassungen darüber, wie sozialer Wohnungsbau gestaltet und überprüft werden solle.

Herr Viertel
Herr Viertel hebt zwei Punkte hervor. In Schöneiche gibt es rund 300 kommunale Wohnungen, die nur mit Wohnberechtigungsschein (WBS) vergeben werden. Die Bewohner befinden sich in der Regel am unteren Ende der Einkommensskala. Selbst bei leicht verbessertem Einkommen liege dieses selten über den Grenzen des WBS. Zudem hätten auch diese Mieter durch gestiegene Nebenkosten bereits erhebliche Belastungen erfahren.
Auch in den kommunalen Wohnungen seien die Nebenkosten infolge der Energiepreise deutlich gestiegen, weshalb die Bewohnerinnen und Bewohner bereits zusätzlich belastet seien. Weitere Mieterhöhungen oder Einkommensprüfungen hält er daher nicht für sinnvoll. Zudem kritisiert Herr Viertel, dass nur beim sozialen Wohnungsbau regelmäßig über Wirtschaftlichkeit gesprochen werde. Bei anderen Investitionen wie Straßen, Schulen oder Kitas stelle niemand diese Frage. Der soziale Wohnungsbau sei durch Fördermittel und günstige Kredite sogar eine der wirtschaftlichsten Investitionen der Gemeinde. Selbst wenn Projekte wie die Warschauer Straße nicht vollständig kostendeckend seien, bleibe ihr gesellschaftlicher Nutzen hoch.

Herr Papendieck
Herr Papendieck betont, dass Kostensteigerungen bei Bauprojekten grundsätzlich vorkommen können – dies sei nicht ungewöhnlich. So habe es beispielsweise beim Projekt „Haus des Sports" ebenfalls nachträgliche Anpassungen gegeben. Er weist darauf hin, dass solche Entwicklungen Teil des normalen Baugeschehens seien und nicht automatisch auf Fehlplanung hindeuten. Anschließend verweist er auf ein praktisches Beispiel aus der Gemeinde: Beim Edeka-Markt in Schöneiche müssten Lehrlinge teilweise außerhalb der Gemeinde nach Wohnraum suchen, da sie sich die Mieten vor Ort nicht leisten können. Das zeige, wie dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt werde.

Frau Manthei ergänzt hierzu:
Frau Manthei bittet darum, dass auch Edeka als Arbeitgeber hier einen Beitrag leisten könne, etwa durch Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung für Auszubildende.

Herr Papendieck
Herr Papendieck stimmt Frau Manthei zu und bekräftigt, dass auch Unternehmen wie Edeka bereits einen Beitrag leisten, um bezahlbaren Wohnraum für ihre Auszubildenden und Beschäftigten zu schaffen.

Frau Sellin
Frau Sellin erklärt, dass ihr keine aktuellen Daten zu den WBS-Berechtigten vorliegen. Laut Herrn Steinbrück seien die Mieten für Sozialwohnungen bisher nicht erhöht worden. Sie stellt klar, dass

es nicht darum gehe, Menschen mit geringem Einkommen zusätzlich zu belasten, sondern darum, zu prüfen, ob Personen mit gestiegenem Einkommen weiterhin die Voraussetzungen für geförderte Wohnungen erfüllen. Zudem verweist sie auf den freien Wohnungsmarkt, der sich nicht an Mietobergrenzen orientiert. In diesem Zusammenhang müsse man fair zwischen Bedürftigen und Besserverdienenden abwägen, ohne soziale Ungerechtigkeit zu schaffen.

Herr Spieler
Herr Spieler weist darauf hin, dass die Mieten im Sozialbereich in erster Linie Menschen mit sehr geringem Einkommen oder Arbeitslose betreffen, die in der Regel auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sind. Steigen die Mieten über die vom Jobcenter festgelegte Grenze von etwa 3 Euro pro Quadratmeter, werden diese nicht mehr vollständig übernommen. Betroffene müssten die Differenz selbst tragen, was häufig nicht möglich sei – im schlimmsten Fall drohe der Verlust der Wohnung. Er mahnt, bei politischen Forderungen gegenüber sozial Schwächeren äußerste Vorsicht walten zu lassen, um keine zusätzliche soziale Not zu erzeugen.

Herr Friedrich
Herr Friedrich ergänzt, dass Wohnberechtigungsscheine (WBS) grundsätzlich alle drei Jahre überprüft werden könnten. Zwar sei eine Einkommenskontrolle rechtlich möglich, werde in Brandenburg jedoch kaum umgesetzt, da der Verwaltungsaufwand dafür sehr hoch sei.

Herr Viertel
Herr Viertel bezeichnet die aktuelle Debatte als „Spiegelfechterei", da es in Schöneiche keine Konkurrenzsituation um Sozialwohnungen gebe. Der Bedarf sei deutlich höher als das vorhandene Angebot. Die rund 300 Gemeindewohnungen deckten nur einen Bruchteil der Nachfrage ab. Die meisten Menschen mit geringem Einkommen leben bereits in diesen Wohnungen. Selbst wenn einzelne Bewohner nach einer Phase der Arbeitslosigkeit wieder ein höheres Einkommen erzielen, handele es sich um Einzelfälle. Zudem gebe es für diese Personen kaum Alternativen auf dem freien Wohnungsmarkt – etwa für Beschäftigte im Einzelhandel. Er betont, dass die Gemeinde im unteren Einkommenssegment der einzige relevante Anbieter sei. Auch im mittleren Einkommensbereich sei die Lage schwierig; selbst die Beamtenwohnungsgenossenschaft Köpenick, die entsprechende Projekte plane, könne die Nachfrage nicht decken. Aufgrund der Verzögerungen bei der B-Plan-Anpassung habe die Genossenschaft zudem andere Projekte in Berlin priorisiert, sodass neue Planungen in Schöneiche frühestens ab 2027/2028 zu erwarten seien.

Herr Bachhoffer
Herr Bachhoffer kritisiert, dass die Diskussion in eine falsche Richtung gehe. Er verweist auf die begrenzten finanziellen Mittel der Gemeinde: Bei einem Haushalt von rund 30 Millionen Euro müsse nach Abzug der Kreisumlage und Verwaltungskosten sorgfältig priorisiert werden.
Die Gemeinde habe in den letzten Jahren stark in Kitas, Schulen und Wohnungsbau investiert, während der Straßenbau zu kurz gekommen sei. Man müsse künftig vernünftige Kompromisse finden, da das Geld der Bürger nur einmal ausgegeben werden könne.

Frau Schröder
Frau Schröder stellt klar, dass niemand beabsichtige, Mieter aus Sozialwohnungen zu drängen. Es gehe lediglich darum, die Mieten moderat anzupassen, wenn Bewohner keinen WBS-Anspruch mehr hätten. Sie warnt davor, dass zu niedrige Mieten – ähnlich wie zu DDR-Zeiten – dazu führen könnten, dass Gebäude verfallen. Mit einem durchschnittlichen Mietpreis von etwa 3 € pro Quadratmeter müsse die Gemeinde noch Instandhaltungen und Reparaturen finanzieren

können. Auch sie betont: Man könne nur das Geld ausgeben, das tatsächlich eingenommen werde.

Frau Manthei ergänzend:
Frau Manthei kritisiert die stark steigenden Mieten bei den sogenannten Edeka-Wohnungen in Schöneiche. Dort würden die Wohnungen bei jedem Mieterwechsel um rund 300 Euro teurer - bei gleicher Größe und Ausstattung. Sie bezeichnet dies als „Mietwucher in Reinform". Sie berichtet, dass ihr Vater in einem dieser Häuser gewohnt hat und für eine Wohnung mit 57 Quadratmetern rund 1.300 Euro zahlen musste, während vergleichbare Wohnungen hinter der Bibliothek etwa 600 Euro günstiger seien. Frau Manthei fordert, dass die Gemeinde alles tun müsse, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Herr Dr. Zeschmann
Herr Dr. Zeschmann erklärt, dass der Landkreis derzeit keine eigenen Wohnungsbauprojekte plane. Als Kreistagsabgeordneter berichtet er, dass die Sanierung und der Neubau von Schulen im gesamten Landkreis Vorrang haben. Diese Maßnahmen verschlingen mehrstellige Millionensummen und beanspruchen die verfügbaren Mittel vollständig. Mittelfristig sei daher kein kommunaler Wohnungsbau durch den Landkreis vorgesehen, da die Schulprojekte aktuell Priorität besitzen.

Herr Linke ergänzt erneut zu seinem Anliegen:
Herr Linke stellt klar, dass es ihm nicht um Mieterhöhungen gehe, sondern um die Richtigstellung einer Aussage, wonach Mieten regelmäßig erhöht würden. Er weist darauf hin, dass laut Haushaltsunterlagen für rentierliche Objekte auch Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen eingeplant seien, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Zur Beamtenwohnungsgenossenschaft Köpenick (BWV) führt er aus, dass dort Mieten von 10 bis 12 Euro pro Quadratmeter üblich seien – also keineswegs günstig, aber marktgerecht. Die Genossenschaft verfüge bereits über gültiges Baurecht für mehrere Gebäude in Schöneiche, nutze dieses aber nicht, weil die Projekte wirtschaftlich derzeit nicht rentabel seien.

Herr Hofmann ergänzt ebenfalls:
Herr Hofmann merkt an, dass ihm mehrere freie Wohnungen in Schöneiche bekannt seien. Er äußert zudem sein Bedauern über den Abriss des ehemaligen „Tannenhofs", in dem er selbst mehrere Jahre als Wirt tätig war. Darüber hinaus weist er auf Straßenschäden hin, insbesondere eine große Delle in der Kastanienstraße, die durch Bauarbeiten entstanden sei.

Herr Papendieck
Herr Papendieck erklärt, dass er die von Herrn Hofmann erwähnte Delle in der Kastanienstraße bislang nicht kenne, dies aber prüfen werde.
Inhaltlich äußert er eine andere Auffassung als Herr Zeschmann: Er betont die dringende Notwendigkeit von weiterem Wohnungsbau, auch für Menschen, die aus geförderten Wohnungen in den normalen Wohnungsmarkt übergehen müssten. Dabei solle man auch die verfügbaren Fördermöglichkeiten stärker in den Blick nehmen. Zur Beamtenwohnungsgenossenschaft führt er aus, dass es in der Vergangenheit Diskussionen über die Gebäudehöhe gegeben habe. Die Gemeinde habe seinerzeit eine Anpassung zugelassen, um höher zu bauen. Streit habe es allerdings über die Parkraumsatzung gegeben, da die Situation im Stegeweg inzwischen ein ernsthaftes Parkplatzproblem darstelle. Herr Papendieck betont, dass man hier gemeinsam Lösungen finden müsse.

Herr Linke entrüstet:
Herr Linke weist darauf hin, dass man in der Diskussion aneinander vorbeirede. Sein Hinweis habe sich auf die erste Änderung des Bebauungsplans bezogen, die Grundlage für das aktuelle Projekt sei.

Herr Papendieck:
Herr Papendieck ergänzt, dass das Projekt nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt werden konnte, insbesondere aufgrund der Gebäudehöhen, die im Zuge der Planänderung zu Konflikten geführt hätten.

Herr Pohle:
Herr Pohle betont, dass die Gemeinde Wohnungsbau sowohl wolle als auch ausbauen müsse, dabei jedoch auch die Wirtschaftlichkeit und die Interessen der Anwohner berücksichtigen müsse. Er spricht sich dagegen aus, dem Beamtenwohnungsverein „den roten Teppich auszurollen", da dieser in der Vergangenheit nicht kompromissbereit gewesen sei – insbesondere beim Thema gestufte Bebauung und Parkraumkonzept. Dank der Initiative von Herrn Viertel sei das Gespräch inzwischen wiederaufgenommen worden, jedoch ohne konkrete Ergebnisse für dieses Jahr. Darüber hinaus prüfe die Gemeinde weitere Standorte für möglichen Wohnungsbau, unter anderem auf dem ehemaligen LPG-Gelände.

Herr Bachhoffer:
Bezüglich des ehemaligen LPG-Geländes besteht Einigkeit in der Gemeindevertretung, dass dort Handlungsbedarf besteht. Das Gelände sei derzeit ein Schandfleck in Schöneiche, und alle seien sich einig, dass sich dort etwas ändern müsse. Der Bürgermeister steht in Gesprächen mit privaten Investoren, um eine Entwicklung des Areals voranzubringen. Man hoffe, zeitnah eine Lösung präsentieren zu können, mit der alle Beteiligten zufrieden sind.

Herr Viertel,
Herr Viertel betont, dass man sich bei der Wohnraumentwicklung nicht auf ferne Projekte wie das LPG-Gelände verlassen dürfe. Vorrang müsse die Umsetzung der bereits 2023 beschlossenen Vorhaben haben. Diese sehen an vier bis fünf Standorten die Schaffung von rund 120 geförderten Wohneinheiten im Gemeindeeigentum vor. Er äußert seine Verärgerung darüber, dass diese Projekte inzwischen politisch infrage gestellt würden. Gerade wenn finanzielle Mittel knapper würden, müsse klare Priorität auf Wohnungsbau statt ausschließlich Straßenbau gelegt werden. Die Frage sei: „Was ist wichtiger – ein Dach über dem Kopf oder eine gute Straße?" Zugleich erinnert er daran, dass die Gemeinde in der Vergangenheit beides parallel geschafft habe – also sowohl Hoch- als auch Tiefbaumaßnahmen ausgewogen umzusetzen.
Ein weiterer Punkt sei der bestehende, aber ungenutzte Wohnraum in Schöneiche. Teilweise stünden Wohnungen leer, obwohl sie bewohnbar seien. Bereits 2023 habe die Gemeinde im Rahmen der wohnungspolitischen Grundsatzbeschlüsse die Möglichkeit der Regulierung von Zweckentfremdung diskutiert. Nach dem Brandenburgischen Zweckentfremdungsgesetz könne Leerstand als Zweckentfremdung gelten und genehmigungspflichtig sein. Damit könne die Gemeinde einschreiten, wenn Wohnraum ohne nachvollziehbaren Grund leer steht. Bisher habe es hierfür jedoch keine politische Mehrheit gegeben. Er spricht sich dafür aus, beides parallel anzugehen – neue Wohnungen zu schaffen und bestehenden Wohnraum besser zu nutzen.

Herr Dr. Zeschmann
Dr. Zeschmann betont, dass auch er die Notwendigkeit weiteren Wohnungsbaus sehe – das sei unstrittig. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Gemeinde zahlreiche weitere Beschlusslagen habe, etwa zum Bau einer dritten Grundschule oder zur Umsetzung des Fußwegekonzepts, und daher nicht für alle Projekte gleichzeitig ausreichend Mittel zur Verfügung stünden. Eine Priorisierung sei deshalb unvermeidlich. Er erinnert daran, dass man bereits in den Jahren 2017 bis 2019 intensive Workshops und Beratungen zum ehemaligen LPG-Gelände durchgeführt habe. Damals sei mit den Eigentümern und Bürgerinnen und Bürgern ausführlich über die Entwicklung des Areals diskutiert worden. Das Gelände sei ein Schandfleck, und alle seien sich einig, dass dort Wohnungsbau und weitere Nutzungen entstehen sollten. Dr. Zeschmann kritisiert, dass der aktuell geltende Bebauungsplan nur begrenzten Wohnungsbau zulässt, wodurch das Projekt seit Jahren stagniere. Er habe bereits mehrfach Anträge gestellt, um einen Kompromiss zwischen Gemeinde und Investor zu erreichen, und hoffe, dass Bürgermeister Ingo Röll hierzu bald einen Vorschlag vorlegen könne. Ein solcher Kompromiss müsse sowohl die Interessen der Gemeinde als auch die Wirtschaftlichkeit für den privaten Investor berücksichtigen. Nur so könne endlich eine tragfähige Lösung gefunden und das Gelände entwickelt werden.

12. Frage, Herr Hofmann:
Er spricht die Verkehrs- und Parkplatzproblematik im Zusammenhang mit weiterem Wohnungsbau an. Schon jetzt gebe es in vielen Bereichen der Gemeinde zu wenig Stellplätze. Er fragt, wie das künftig gelöst werden soll, insbesondere im Bereich der Friedrichshagener Straße, wo die Situation bereits heute sehr angespannt sei?

Herr Bachhoffer:
Er weist darauf hin, dass sich die Gemeinde an Recht und Gesetz halten müsse. Es sei Aufgabe des Bürgermeisters, darauf zu achten, dass die baurechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

Herr Röll:
Er verweist auf die geltende Stellplatzsatzung der Gemeinde, die verbindlich regelt, wie viele Stellplätze bei Neubauprojekten vorgesehen werden müssen.

Herr Papendieck:
Er ergänzt, dass zusätzlich eine Parkraumsatzung gilt. Demnach müssen bei Wohnungen mit mehr als 80 Quadratmetern Wohnfläche zwei Stellplätze pro Wohneinheit auf dem jeweiligen Grundstück nachgewiesen werden. Beide beteiligten Bauämter hätten darauf geachtet, dass diese Regelungen eingehalten werden. Sollten im Nachhinein Verstöße festgestellt werden, könne die Gemeinde entsprechend nachfassen und prüfen, ob die erforderlichen Stellplätze noch hergestellt werden müssen.

Herr Hofmann ergänzend:
Er weist erneut auf die zunehmende Problematik der vielen parkenden Autos hin. Viele Fahrzeuge würden auf der Straße abgestellt, was insbesondere auf der Friedrichshagener Straße zu erheblichen Behinderungen führe. Die Parksituation verschärfe sich weiter durch den geplanten Wohnungsbau.

Herr Papendieck:
Er dankt für den Hinweis und sagt zu, dass die Verwaltung der Sache nachgehen werde. Man werde die Parksituation vor Ort prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen erwägen.

Frau Sellin:
Sie erinnert daran, dass es im Wohnungsbau mehrere Alternativen gebe, etwa das ehemalige LPG-Gelände, das bereits Gegenstand verschiedener Workshops war. Wenn es gelinge, hier gemeinsam mit den privaten Investoren und der Gemeindevertretung zu einem Konsens zu kommen, könne die Wohnungssituation in Schöneiche spürbar entschärft werden. Im Unterschied zu kommunalen Bauprojekten würde die Gemeinde bei einer privaten Entwicklung nicht selbst finanziell belastet, sondern von einer privaten Investition profitieren. Sie berichtet, dass in der Sommerpause Gespräche stattgefunden hätten, um diese Option voranzubringen. Ziel sei es, das Projekt zeitnah rechtlich und planerisch umzusetzen, auch wenn ein tatsächlicher Baubeginn noch etwas dauern werde. Sie sieht darin eine realistische Chance, den Wohnungsbau in Schöneiche deutlich zu beleben.

Herr Bachhoffer:
Er bedankt sich bei allen Mitgliedern der Gemeindevertretung, beim Publikum und für die zahlreichen Fragen und Beiträge. Er lädt die Bürgerinnen und Bürger ein, sich auch künftig in den Ausschüssen einzubringen und weist darauf hin, dass die Kontaktdaten der Gemeindevertreter auf der Homepage einsehbar sind.
Die Sitzung wird um 21:45 Uhr geschlossen.